

Medienmitteilung 4. Dezember 2013

Thema	Kantonaler Richtplan Grünliberale fordern konsequente Ausrichtung auf die ursprünglichen Ziele – eine nachhaltige Siedlungsentwicklung und mehr Raum für Pflanzen und Tiere
Für Rückfragen	Auskunftspersonen vor Ort: Thomas Wirth, Kantonsrat, Mitglied KPB, 078 720 19 05 Barbara Schaffner, Kantonsrätin, Mitglied KEVU, 079 309 81 99 Weitere Auskunftspersonen: Andreas Hasler, Kantonsrat, Mitglied KEVU, 079 385 51 84 Benno Scherrer, Fraktionspräsident, 077 445 44 49
Absender	Grünliberale Kantonsratsfraktion

Grünliberale fordern konsequente Ausrichtung auf die Ziele des Raumordnungskonzepts ROK – eine nachhaltige Siedlungsentwicklung und mehr Raum für Pflanzen und Tiere

Die Grünliberalen fordern, dass der Richtplan stärker auf die selbstgesetzten Ziele im ROK ausgerichtet wird. Deswegen haben sie Anträge eingereicht, damit der Richtplan nicht nur zukunftsfähig sein will, sondern es auch ist: Mit einer zentrumsnahen Siedlungsentwicklung, mit einer verstärkten Ausrichtung auf den öffentlichen Verkehr und mehr Raum für unsere Pflanzen und Tiere.

Der Zürcher Richtplan postuliert ein zukunftsfähiges Raumordnungskonzept, das die Siedlungsentwicklung hauptsächlich in den Ballungsgebieten konzentrieren und den Verkehr darauf abstimmen will. Die einzelnen Festlegungen - namentlich zu Siedlung, Landschaft und Verkehr - unterstützen diese Ziele zu wenig, obwohl die Zürcher Bevölkerung der Revision des Raumplanungsgesetzes und der Kulturlandinitiative zugestimmt hat und sich damit hinter diese Ziele gestellt hat. Damit die gewünschte Siedlungsentwicklung erreicht und der Verkehrszuwachs eingedämmt werden kann, braucht es mehr konkrete Vorgaben.

Die Grünliberalen stehen hinter dem Raumordnungskonzept, welches verlangt, dass die künftige Siedlungsentwicklung nach innen verläuft und dass das Bevölkerungswachstum zu mindestens 80% auf die Stadt- und urbanen Wohnlandschaften entfällt; im Gegenzug sind naturnahe Räume zu schonen und zu fördern. Die S-Bahn soll das Rückgrat der Siedlungsentwicklung sein, und der Kanton soll sich nachhaltig entwickeln.

Die Grünliberalen kritisieren aber, dass für die Umsetzung dieses Grundsatzes wirksame Massnahmen fehlen. Statt klaren, überprüfbaren Vorgaben und griffigen Instrumenten, welche die zukünftige Entwicklung tatsächlich auf zentrumsnahe Gebiete lenken würden, werden an peripheren Lagen im Kanton zusätzliche Siedlungsgebiete mit hohem Zersiedelungsfaktor gewährt. Dies erst noch oft auf bestem Ackerland.

Die Grünliberalen setzen sich mit mehreren Streichungsanträgen dafür ein, dass diese Fehler korrigiert werden und die Produktionsgrundlage der Zürcher Landwirtschaft besser geschützt wird. Insbesondere die vorgesehene äussere Nordumfahrung karikiert die eigenen Zielsetzungen der Regierung. **Die Grünliberalen wehren sich gegen diese Erschliessung von heute noch verhältnismässig dünn besiedelten Räumen.** Mit einer verbesserten Erschliessung, vor allem für Automobilisten, wird die Bevölkerungsentwicklung zusätzlich angeheizt und ein erhebliches Verkehrswachstum auf der Strasse erzeugt. Mit den dadurch wachsenden Pendlerströmen in Richtung Zürich, Limmat- und Glattal werden auch die dort bestehenden Verkehrsprobleme verstärkt.

Schliesslich findet der Richtplan auch keine ausreichende Antwort auf den Verdrängungsprozess, der das Gewerbe aus den Siedlungszentren treibt – hinaus auf die grüne Wiese. **Die Grünliberalen sind auch hier mit einem marktwirtschaftlichen Lösungsansatz präsent.**

Für die Grünliberalen zu wenig ehrgeizig ist der Richtplan auch beim Ziel, den Verkehr auf die Schiene zu verlagern. Ziel muss sein, das Verkehrswachstum hauptsächlich **mit dem öffentlichen Verkehr aufzufangen** und so nota bene die Strasseninfrastruktur vor dem Kollaps zu bewahren. Entsprechend haben die Grünliberalen Anträge eingebracht und unterstützt, die verlangen, dass der Verkehrszuwachs mehrheitlich durch den öV und Fuss- und Veloverkehr abgedeckt wird, und dass dem Trend zu Elektrovelos, die speziell für den Pendlerverkehr immer attraktiver werden, mehr entsprochen wird. Das Strassenwunschprogramm ist fast immer noch in voller Länge im Richtplan enthalten, Umfahrungsstrassen werden als Entlastung vom Lastwagenverkehr angepriesen. Mit den Änderungsanträgen der glp wird auch beim Güterverkehr wieder **mehr Gewicht auf die Schiene** gelegt.

Für die Grünliberalen ist klar, dass die Landschaft insgesamt erhalten und aufwertet werden muss. Deshalb müssen

- Fließgewässer grundsätzlich so viel Platz erhalten, wie sie zur Erfüllung ihrer biologischen Funktionen benötigen,
- die schönsten Zürcher Landschaften vor dem grossen Nutzungsdruck wirksam entlastet werden, der meistens mit baulichen Veränderungen verbunden ist,
- Vernetzungskorridore für Tiere und deren Lebensräume geschützt und ausgebaut werden.

Anträge in den einzelnen Regionen:

Pfannenstil: auf Siedlungsgebiet Biswind Herrliberg verzichten – kein unnötiges Gewerbegebiet im Landschaftsschutzgebiet schaffen; Bootsliegeplätze auf dem See plafonieren – begrenzte Kapazität anerkennen

Glattal: auf Umfahrung Fällanden-Schwerzenbach verzichten – letztes offenes Land im stark besiedelten Gebiet offen halten

Oberland: Bachtelgebiet als Naturlandschaft bezeichnen – Naherholungsgebiet sichern; Deponie Goldbach Rüti streichen – wenig erschlossenes Gebiet vor Lastwagenverkehr verschonen; direkte Zugverbindung nach Winterthur schaffen – Regionalzentren besser untereinander verbinden

Winterthur/Unterland: äussere Nordumfahrung streichen – Zersiedelung verhindern (s. Haupttext); Töss ab Neftenbach revitalisieren – Platz für Pflanze, Tier und Mensch schaffen

Weinland: Thur bei Andelfingen/Kleinandelfingen revitalisieren – Erfolgsprojekt weiterführen; auf Siedlungsgebiete Oberstammheim, Andelfingen, Kleinandelfingen verzichten – Kulturland schonen

Limmattal: Westumfahrung Dietikon streichen – Naherholungsgebiet Marmor-Weiher erhalten

Zürich: auf Stadt-, See- und Seebeckentunnel verzichten – kein Geld für unnötige Tunnels verschwenden

Knouneramt: Neues Zentrumsgebiet Affoltern a.A. schaffen – Entwicklung zu Regionalzentrum aktiv begleiten und steuern

Zimmerberg: auf Siedlungsgebiet Bocken Horgen verzichten – landwirtschaftliche Siedlung der Landwirtschaft erhalten; Bootsliegeplätze auf dem See plafonieren – begrenzte Kapazität anerkennen